

Olaf Ebert/ Roland Roth

Engagiert für Demokratie in Ostdeutschland

Bürgerschaftliches Engagement wurde in ostdeutschen Regionen viel zu lange nur ansatzweise als wichtige Stimme und Ressource für die Bearbeitung gesellschaftspolitischer sowie sozialräumlicher Herausforderungen erkannt und nicht kontinuierlich genug gefördert. Erst ausgelöst durch Hochwasserkatastrophen, die Bewegung der Willkommenskultur 2015/16 oder als Reaktion auf fremdenfeindliche Vorkommnisse in Tröglitz, Chemnitz oder Köthen wächst schrittweise die Erkenntnis, dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur Anerkennung und Unterstützung verdient, sondern auf allen Ebenen abgestimmte Engagementstrategien, mehr Kooperationen, stabile Netzwerkstrukturen und langfristig angelegte Programme zur kontinuierlichen Förderung bürgerschaftlichen Engagements benötigt werden.

In den ostdeutschen Bundesländern gibt es laut Freiwilligen-Survey viel Engagementbereitschaft, aber eine vergleichsweise niedrige Engagementquote, weniger stabile zivilgesellschaftliche Organisationen und Ansprechpartner*innen für Engagierte vor Ort und zu wenig stabile Strukturen und verlässliche Strategien zur Engagementförderung.

Die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland hat sich – anders als die westdeutsche – nach 1990 weitgehend neu entwickelt. Aktuelle Studien (ZiviZ-Survey) verweisen zudem auf einen rasanten Strukturwandel der ostdeutschen Vereinslandschaft: während zahlreiche nach der Wende gegründete Vereine oder aus Westdeutschland übertragene Verbände über einen Rückgang des Ehrenamtes klagen und ihre Engagement-Aktivitäten teilweise ein- oder auf bezahlte Kräfte umstellen mussten, entstehen vielerorts neue junge Vereine und Initiativen, die projekt- und themenorientiert eine wachsende Zahl freiwillig Engagierter gewinnen.

Inzwischen ist die Zivilgesellschaft in Ostdeutschland vergleichsweise jung, agil und weniger stark verbandlich organisiert. Sie reagiert auf vielfältige gesellschaftliche, insbesondere lokale Problemlagen und wird ganz wesentlich von oft charismatischen (Einzel-)Akteuren getragen. In der Struktur und Arbeitsweise der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland werden vermutlich viele Tendenzen der zukünftigen Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements sichtbar, die auch die gesamtdeutsche Engagementlandschaft prägen könnten.

Neben diesem Trend, der für Entwicklungen in ganz Deutschland von Bedeutung ist, gibt es in Ostdeutschland nach wie vor besondere Herausforderungen: Die personale und strukturelle Basis der Zivilgesellschaft ist in Ostdeutschland instabil und oft prekär finanziert, es gibt zu wenig Ansprechpartner*innen und stabile Unterstützungsstrukturen für Engagierte vor Ort, die das Potenzial, Vielfalt und Besonderheiten des bürgerschaftlichen Engagements erkennen

und damit den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft fördern. So befinden sich weniger als 10% der bundesweit 500 Freiwilligenagenturen und 400 Bürgerstiftungen in Ostdeutschland. Die Kooperationsbeziehungen zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft sind fragiler, und es gibt zu wenig stabile, bereichsübergreifende regionale Netzwerke zur Engagementförderung. Insbesondere in ländlichen Räumen trifft ein hoher Bedarf an Engagement oft auf vergleichsweise schwach entwickelte Engagementstrukturen. Akteur*innen der Engagementförderung arbeiten vielerorts vereinzelt und haben oft Probleme, für die Umsetzung ihrer Ideen Unterstützung zu erhalten. Es fehlt an vertrauensvoller Kommunikation, Kontinuität und Kooperation mit politischen Verantwortungsträger*innen und der öffentlichen Verwaltung sowie der strukturellen Verankerung bürgerschaftlichen Engagements durch kompetente, bereichs- und themenübergreifende Netzwerkstellen und Ressourcen. In den Städten existiert zwar eine größere Vielfalt an Engagementformen und eine vergleichsweise ausdifferenzierte Infrastruktur, doch ist dort die Individualisierung und Anonymität stärker ausgeprägt und es gilt auch hier: die Finanzierungsspielräume sind oft sehr eng, die Perspektiven unsicher und die Konkurrenz um knappe Mittel erschwert Kooperationen innerhalb der Zivilgesellschaft.¹

Ergebnisse der Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse«

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse und Empfehlungen der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission »Gleichwertige Lebensverhältnisse« von besonderem Interesse. Die Kommission sollte eine gerechte Verteilung von Ressourcen und Möglichkeiten für alle in Deutschland lebenden Menschen untersuchen. Dazu haben die Bundesregierung, Bundesländer und kommunale Spitzenverbände in sechs Facharbeitsgruppen Vorschläge zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse entwickelt. Aufgrund fehlender Einigkeit wimmelt es im Bericht der Kommission² allerdings nur so von »Soll-« und »Muss«-Aussagen sowie allgemeinen Empfehlungen, ohne dass dies mit konkreten Programmen und Zuständigkeiten unteretzt wäre. Der letzte Teil zur Aufgabenverteilung von Bund, Länder und Kommunen ist besonders unverbindlich ausgefallen. So bleiben die wichtigen Empfehlungen zur verlässlichen lokalen Engagementinfrastruktur, zu wohnortnahen hauptamtlichen Begleit- und Unterstützungsstrukturen für das bürgerschaftliche Engagement bzw. zur »entschiedenen Förderung der Engagementinfrastruktur« (BMI 2019, S. 24) weitgehend unverbindlich. Die Kluft zur Realität ist, wie aktuelle Länderberichte zeigen (z.B. Sachsen-Anhalt 2019, Mecklenburg-Vorpommern 2019) doch erheblich. Immerhin scheint die Forderung selbst akzeptiert und politisch auf allen Ebenen einklagbar zu sein.

¹ vgl. Olk, Thomas/ Gensicke, Thomas 2013: Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland, Halle.

² vgl. Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) 2019: Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Berlin: BMI

Zeitgleich mit der Vorstellung des Kommissionsberichtes wurde als eine erste Maßnahme die Gründung der »Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt« durch die Bundesregierung beschlossen und damit eine der zentralen Empfehlungen aufgegriffen. Die Bundesstiftung soll ehrenamtlich Tätige durch Serviceangebote für die Organisation von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt und bei der Digitalisierung unterstützen. Außerdem soll mit einem gemeinsamen Bundesprogramm der gesellschaftliche Zusammenhalt innovativ gefördert werden (vgl. BMI 2019 S. 25).

Es ist jedoch sicherlich kein Zufall, dass die Ungleichheitsdaten zum bürgerschaftlichen Engagement und zur prekären Lage der engagementfördernden Infrastruktur insbesondere in Ostdeutschland in der einleitenden Situationsbeschreibung (S.10) ebenso ausgespart werden, wie die Problematik des »unzivilen«, stellenweise verfassungsfeindlichen, offen rassistischen Engagements, das sich gegen Demokratie, Vielfalt und sozialen Zusammenhalt richtet (vgl. hierzu die einschlägigen Ländermonitore aus Thüringen und Sachsen).

Unterbewertet bleiben auch die Leistungen, die das bürgerschaftliche Engagement zur sozialen Infrastruktur insbesondere in Ostdeutschland schon heute erbringt. Ob Dorfläden, Bürgerbusse oder Kulturcafés - ein erheblicher Teil der bestehenden Infrastruktur wird gerade in den »abgehängten« Regionen Ostdeutschlands maßgeblich bürgerschaftlich gesichert.

Demokratiepolitische Folgerungen aus dem Kommissionsbericht

Weitgehend ausgeblendet werden auch die demokratiepolitischen Konsequenzen aus der Ungleichheitsdynamik. Dazu einige Anregungen:

1. Das Verhältnis von bürgerschaftlichem Engagement und repräsentativen politischen Strukturen bleibt im Kommissionsbericht weitgehend unbeleuchtet. Wie können die Stimmen, Anregungen und Anliegen des vielfältigen bürgerschaftlichen Engagements in Kommunalpolitik und -verwaltung stärkeres Gewicht bekommen und damit auch die Selbstwirksamkeit der Engagierten verbessern? In der Leitidee »Bürgerkommune«³ ist z.B. von »kollaborativen Netzwerken« die Rede, die sich längst auch praktisch, wie z.B. in der Integrationspolitik bewährt haben. Alle Akteure eines kommunalen Handlungsfeldes aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und lokaler Wirtschaft kommen hier – der Idee nach – regelmäßig zusammen und tauschen sich über gemeinsame Aufgaben etc. aus. Die Kommune moderiert oder delegiert die Moderation an Dritte. Hier gilt es von guter Praxis zu lernen.
2. An verschiedenen Stellen des Berichts wird auf einen dialogorientierten Ansatz, auf die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure und eine partizipativ ausgerichtete Sozialraumplanung verwiesen (BMI 2019 S. 15, 21f.). In der Tat haben dialogische Formate der Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren einen Boom erlebt. Im bundesweiten Netzwerk Bürgerbeteiligung wurden dazu einige institutionelle Empfehlungen entwickelt, die auch im Kontext

³ vgl. Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) 2014: Leitbild Bürgerkommune. KGSt-Bericht Nr. 3/2014. Köln

»Gleichwertiger Lebensverhältnisse« stärkere Beachtung verdienen (z.B. lokale Beteiligungsleitlinien, Beteiligungsbeauftragte in der Verwaltung etc.). Ziel ist es Interessierten und Engagierten zu garantieren, dass ihre Perspektiven kommunalpolitisch Gehör finden. Diese Funktion allein an Kümmerer, Moderatoren etc. zu delegieren, wie dies im Kommissionsbericht der Fall ist, scheint eine unzureichende Ausweitung von lokalen QM-Perspektiven auf strukturschwache ländliche Räume. Sozialarbeit kann Beteiligung und Engagement nicht ersetzen. Ohne die Stärkung kommunaler Dialog- und Beteiligungsformate wird sich auch das bürgerschaftliche Engagement in Ostdeutschland nicht entfalten können.

3. Sehr viel stärker als dies im Bericht geschieht, dürfte die lokale Demokratieentwicklung davon abhängen, ob Demokratie, Teilhabe, Mitbestimmung und Mitgestaltung im kommunalen Alltag gelebt und erfahren wird. Dies gilt für Kitas und Schulen, für Jugendeinrichtungen und Hochschulen bis hin zu Pflegeheimen. Gerade in Kitas gibt es aktuell sehr hoffnungsvolle Entwicklungen (z.B. das »jungbewegt«-Programm der Bertelsmann-Stiftung), ebenso in Schulen und Hochschulen (z.B. Service Learning). Die Stärkung von Demokratiekompetenzen dürfte hier einen zentralen Ansatzpunkt finden. Dazu könnten auch einige Erfahrungen aus Ostdeutschland beitragen, z.B. aus den Partnerschaften für Demokratie oder den Bürgerhaushalten, die in einigen Kommunen Brandenburgs als Projektfonds mit direkter Bürgerbeteiligung ausgestaltet werden.
4. Freiwilliges Engagement und seine institutionellen Strukturen (Vereine, Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen etc.) sind nicht per se demokratisch, offen und auf Vielfalt eingestellt. Dazu sind besondere Initiativen, Ressourcen und Anstrengungen notwendig, um die zivilgesellschaftlichen Strukturen für vielfältiges Engagement und demokratische Teilhabe zu öffnen. Wenn junge Leute wegbleiben oder eigene neue Initiativen gründen, kann dies auch mit unzulänglichen Beteiligungsstrukturen in Vereinen zu tun haben. Auch hier wäre ein Blick auf positive ostdeutsche Beispiele hilfreich, die eine demokratische Beteiligungskultur und interkulturelle Offenheit im Engagement bzw. in der Zivilgesellschaft leben.
5. Besonders in abgehängten ostdeutschen Sozialräumen gibt es eine Variante des »sozialen Zusammenhalts«, die sich gegen Zugereiste aller Art sperrt und damit zum Element einer Abwärtsspirale wird. Es bedarf deshalb besonderer Anstrengungen, um Offenheit für neue Bevölkerungsgruppen zu fördern. Austausch und Begegnung sind zivilgesellschaftliche Gestaltungsaufgaben. Im Kontext der Zuwanderung von Geflüchteten wurden zahlreiche niedrigschwellige Formate und Förderkulissen auch in Ostdeutschland entwickelt (gemeinsames Essen, Begegnungsorte, Engagementfonds »Willkommenskultur« etc.), die auch in anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern verstärkt aufzugreifen wären.
6. Im Kommissionsbericht ist an einigen Stellen von einer experimentellen »rechtskreisübergreifenden Finanzierung und Weiterentwicklung sozialer Infrastruktur« (BMI 2019, S. 121) die Rede. Dahinter verbirgt sich auch das Problem einer segmentierten, institutionell zwar vielfältigen, aber auch schwachen und unzuverlässigen Förderlandschaft. Die lokale Vielfalt

und »Projektitis« in der Engagementförderung ist gerade in Ostdeutschland schon sehr verblüffend. Umso wichtiger ist hier die Verknüpfung von Demokratie-, Engagement- und Beteiligungspolitik. Wie können produktive Formen des Zusammenspiels aussehen, welche gute Praxis gibt es, die sich mit diesen vielfältigen Aufgaben in Ostdeutschland produktiv befasst?

Perspektiven der Demokratie- und Engagementförderung in Ostdeutschland

Eine demokratische Gesellschaft lebt von der Beteiligung ihrer Mitglieder. Sie tun dies eigenständig und selbstbestimmt. In diesem Sinne ist bürgerschaftliches Engagement ein fundamentaler Bestandteil unserer Demokratie und eine zentrale Ressource der Demokratiebildung. Umso wichtiger ist es, die Engagementstrukturen in Ostdeutschland zu stärken. Dafür sind tragfähige regionale Netzwerke zur Engagementförderung notwendig. Sie sollen allen Menschen Zugang zu Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe ermöglichen und stabile Kooperationen zwischen engagierten Bürger*innen, organisierter Zivilgesellschaft, Politik, Verwaltung und Wirtschaft garantieren. Neben kompetenten Koordinator*innen benötigen die Engagement-Netzwerke Ressourcen zum Austausch, zur Qualifizierung sowie unbürokratische Fonds zur Engagement- und Demokratieförderung, um konkrete Vorhaben vor Ort zu unterstützen.

Darüber hinaus zeigen die Erfahrungen aus den Programmen »Partnerschaften für Demokratie«⁴, »Engagierte Stadt«⁵ oder »Engagierte Nachbarschaften«⁶ in Sachsen-Anhalt, dass die Entwicklung lokaler Engagementstrategien, Netzwerke und Initiativen fachliche Begleitung, Austausch und finanzielle Unterstützung, z.B. durch Engagementfonds benötigen, die den Dialog, Kooperationen und das Engagement für Zusammenhalt, Teilhabe und Demokratie vor Ort stärken.

Diese Erfahrungen und Anregungen sollten bei der Gründung der »Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt« berücksichtigt und mit einer neuen Gemeinschafts-Initiative »Engagiert für Demokratie in Ostdeutschland« der Bundesregierung, ostdeutschen Ländern und privaten Stiftungen – ausgehend von guten Beispielen – engagementfördernde Strukturen wie Freiwilligenagenturen, Bürgerstiftungen und Engagement-Netzwerke in Ostdeutschland nachhaltig gefördert werden.

Zusammengefasst: Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht demokratische Selbstwirksamkeitserfahrungen, kann Vorurteile abbauen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt festigen. Auf diese Weise werden fremdenfeindlichen, antidemokratischen Einstellungen und Aktivitäten erfolgreich entgegnet und Demokratiekompetenzen in formalen und informellen Bildungsprozessen entwickelt. Doch dies erfordert einen Paradigmenwechsel in Politik, Bildung

⁴ vgl. <https://www.demokratie-leben.de/partnerschaften-fuer-demokratie.html>

⁵ vgl. www.engagiertestadt.de

⁶ vgl. www.lagfa-lsa.de

und Gesellschaft, dem die Kommission zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erste Impulse gegeben hat. Mit der Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt, dem Ausbau abgestimmter Bundesprogramme zur Engagement- und Demokratieförderung und einer neuen Gemeinschafts-Initiative »Engagiert für Demokratie in Ostdeutschland« von Bund, Ländern und privaten Stiftungen sollte eine stabile Infrastruktur zur Förderung von bürgerschaftlichem Engagement etabliert werden, die Teilhabe aller Menschen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie, insbesondere in Ostdeutschland, nachhaltig stärken.

Autoren

Olaf Ebert, Erziehungswissenschaftler, ist Gründer und seit mehr als 20 Jahren Geschäftsführer der Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Kuratoriumsmitglied der Bürgerstiftung Halle, Vorstandsvorsitzender der LAG der Freiwilligenagenturen Sachsen-Anhalt e.V. sowie Vorstandsvorsitzender der Stiftung Bürger für Bürger.

Roland Roth, Professor für Politikwissenschaft, lehrte zuletzt am Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen der Hochschule Magdeburg-Stendal; Co-Sprecher des Netzwerks Bürgerbeteiligung, Mitglied der Steuerungsgruppe des Arbeitskreises »Bürgergesellschaft und Demokratie« der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie stellv. Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Bürger für Bürger.

Kontakt: info@buerger-fuer-buerger.de

Weitere Informationen:

www.buerger-fuer-buerger.de

Redaktion

BBE-Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Michaelkirchstr. 17/18

10179 Berlin

Tel: +49 30 62980-115

newsletter@b-b-e.de

www.b-b-e.de